

# Potsdams] *andere* [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Januar 2013

Nr. 01 · 9. Jahrgang

## „Wir kämpfen um jede Stimme!“

Landesparteitag DIE LINKE.Brandenburg stellte Weichen für die kommenden Wahlkämpfe

Die Stimmung beim Landesparteitag der LINKEN Anfang Dezember 2012 in Frankfurt (Oder) war von Ernsthaftigkeit und offenen Diskussionen geprägt. Zunächst hielten der Landesvorsitzende Stefan Ludwig und der Fraktionschef Christian Görke ihre

Grundsatzreden. Beide verteidigten das Regierungsbündnis mit der SPD. „Wir haben in den ersten drei Jahren eine Menge erreicht“, sagte der Fraktionsvorsitzende. Er stellte die „Idee vom Brandenburg der Regionen“ und die „Idee vom solidarischen

Brandenburg“ als Kernpunkte des aktuellen wie zukünftigen Regierungshandelns heraus. Der Landesvorsitzende sprach von Erfolgen, aber auch von Herausforderungen, die im mit großer Mehrheit angenommenen Leitartikel deutlich formuliert sind.

DIE LINKE Brandenburg stellt sich darin als „Partei der sozialen Frage“ auf, die für eine „europäische Sozialunion“ eintritt und sich für eine soziale, ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit einsetzt. Gleichzeitig werden die Weichen für die kommenden Wahlkämpfe gestellt. Wir kämpfen um jede Stimme, packen wir es an!

In Frankfurt (Oder) übergab die Landtagsfraktion ihren Entwurf für ein Leitbild Brandenburg 2020 der Partei. Damit wurde die Leitbilddebatte aufgenommen und soll jetzt ordentlich an Fahrt gewinnen. „Wir wollen unser Leitbild in die Gesellschaft tragen und mit den Menschen und Verbänden diskutieren“, sagte Stefan Ludwig. (Siehe auch Seite 10)



**LINKE SPITZEN: Von Norbert Müller, DIE LINKE, Bundestagskandidat für den WK 61**

## Das Archiv gehört zu Potsdam

Wenn Sie diese Zeilen lesen, ist eine der ältesten soziokulturellen Einrichtungen Potsdam möglicherweise schon geschlossen. Das Archiv in der Speicherstadt soll aus Brandschutzgründen die Pforten schließen. Es ist nicht das erste soziokulturelle Projekt, das im Zuge der Aufwertung von Potsdams Innenstadt weichen soll. Spartacus und S13 mussten vor einiger Zeit schon vom Schlossplatz weichen. Sie kamen nach langem Kampf im Freiland unter. In ihrem alten Haus sitzt jetzt ein Büro der Allianz-Versicherung.

Jahrelang wurde das Archiv geduldet – in der maroden Speicherstadt störte es die Stadtoberen nicht. Ob das Haus über einen vernünftigen Brandschutz verfügt, interessierte kaum jemanden so richtig. Doch mit fortschreitender Sanierung, Neubau und Aufwertung der alten Speicher stört es. Potentielle Käufer teurer Eigen-



tumswohnungen mit Havelblick könnte es abschrecken, wenn sie in ihrem Hinterhof mit dem Anblick alternativer Jugendlicher

konfrontiert werden – so scheinbar die Überlegung. Plötzlich waren die Bedenken mit dem fehlenden Brandschutz „brennend“.

Ich möchte in einer Stadt leben, wo beides geht: Bunte Punks auf dem Weg zum Konzert und Menschen, die auf ihrem Balkon bei einem Glas Rotwein auf die Havel schauen. Was ist so schlimm an dieser Vorstellung? Warum sollen die Einen verschwinden? Sind die Interessen der Einen höherwertig als die Interessen der anderen? Eine solche Stadt wäre langweilig. Sie wäre Langeweile in Preußisch-Barock-Rosa. Ich wünsche mir aber eine bunte Stadt, in der es weder Wohlstands- noch Armutszonen gibt. In der Jugendkultur nicht an den Rand, sondern eben auch ins Zentrum gehört. Und deswegen auch in die Speicherstadt. Darum gehört das Archiv zu Potsdam.

## In dieser Ausgabe

### LINKS INFORMIERT

**3** Norbert Müller nominiert als Bundestagskandidat für den Wahlkreis 61/Nachlese Kreisparteitag/Volksbegehren zum Nachtflug BER

### SCHWERPUNKT: POTSDAM-MITTE/ NÖRDLICHE ORTSTEILE

**6-8** Von der Breiten Straße über Fußball-Problemen und „GlutRoter Grill-Tour in den Ortsteilen bis zu Äpfeln für die Potsdamer Tafel

### LINKS ZUR WAHL

**10** Aktivenkonferenz und Landesparteitag in FFO/Meinung zu Neskovič/Dank an Stobrawa

**nonpd**  
NPD-Verbot jetzt!

### 11 FORUM LINKS

Mauthausen-Spende/ „Opus dei“ will Schule in Potsdam/NPD-Verbot

## Informationen der Redaktion

Die Redaktionsitzung für unsere Februar-Ausgabe findet am Donnerstag, 10. Januar 2013, ab 17.00 Uhr, in der Geschäftsstelle Dortustraße 53 (Atrium) statt. Inhaltliche Schwerpunkt der Februar-Ausgabe bildet der Bereich Stern/Kirchsteigfeld/Drewitz. Die Ausgabe ist dann ab dem 7. Februar 2013 in der Geschäftsstelle abzuholen.

# Unser Ziel: Wieder stärkste Fraktion

Aus der Rede von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, SVV-Fraktionschef DIE LINKE, auf dem Kreisparteitag

Es ist gute Tradition, dass auf Kreisparteitagen das Wirken des Kreisverbandes in seiner ganzen Breite aufgezeigt wird, und dazu gehört auch die Arbeit der Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung.

Unser Grundanliegen ist es, dass wir gemeinsam in engem Zusammenwirken von Basis, Kreisvorstand und Fraktion einen möglichst großen Einfluss auf die Entwicklung in Potsdam nehmen. Unsere Stadt hat sich verändert und das vielfach zum Guten. Wir haben einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet und uns dabei auch selbst verändert.

Wir sind mitten in einem Generationswechsel. Unser Anspruch sollte es sein, diesen Generationswechsel so zu vollziehen, dass wir nicht die Unterschiede zwischen Älteren und Jungen betonen, sondern die Gemeinsamkeiten in den Vordergrund stellen, um so möglichst viel Kraft für unsere politische Arbeit zu bündeln. Wir brauchen diese Kraft, denn das Ziel, 2014 möglichst wieder stärkste Fraktion in Potsdam zu werden, ist sehr anspruchsvoll.

Wir haben es in Potsdam mit einem starken bürgerlichen Lager zu tun, das sich unter Führung der SPD in der Rathauskooperation zusammengeschlossen hat. Die in Potsdam besonders kon-

servative SPD und die weit von links entfernten Grünen haben manche inhaltliche Gemeinsamkeit mit CDU und FDP. Aber ihr Hauptziel, DIE LINKE möglichst klein und politisch wirkungslos zu machen, hat die Rathauskooperation nicht erreicht.

Als konstruktive Opposition müssen wir uns die Mehrheiten für unsere Anliegen immer neu suchen. Dabei sind wir manches Mal gescheitert. Aber wir konnten uns auch in wichtigen Fragen durchsetzen, weil wir eng mit den Problemen der Menschen in dieser Stadt verbunden sind, weil wir immer wieder den direkten Kontakt suchen, weil wir hartnäckig und konsequent um Lösungen ringen und weil wir eine starke Kraft für die Schwachen sind.

## LINKS hat unserer Stadt gut getan

Das hat unserer Stadt gut getan, denn in der Auseinandersetzung ist viel Vorzeigbares entstanden. So ist Potsdam vor kurzem als kinderfreundlichste Stadt der Bundesrepublik anerkannt worden. Das ist wesentlich unser Verdienst, denn DIE LINKE hat sich mit viel Energie für den Erhalt und den Ausbau der Kitas eingesetzt. Wir

haben mit dem Begleitbeschluss zum Landtagsneubau auf dem Alten Markt durchgesetzt, dass die Sanierung von Schulen und Kitas endlich Priorität erhalten hat. Wenn jetzt das Alte Rathaus in neuer Schönheit erstrahlt und Heimstatt für das Potsdam-Museum ist, wenn die Stadt- und Landesbibliothek in völlig neuer Qualität bald in das sanierte Gebäude einziehen kann, so ist das vor allem unser Verdienst.

Erhöhung der Strompreise trifft in besonderer Weise die einkommensschwachen Haushalte.

Wir haben uns erfolgreich für den Erhalt von Kaufhallenstandorten eingesetzt. In Zentrum Ost freut man sich über die moderne neue Kaufhalle und am Schlaatz wird es im Frühjahr losgehen mit dem Neubau der Kaufhalle am Schilfhof. Und auch am Teufelssee wird es bald wieder eine Kaufeinrichtung geben, wobei manches schneller gehen könnte.

Wir haben den entscheidenden Anteil daran, dass mit dem alternativen Jugendkulturzentrum Freiland eine große Lücke in der Jugendarbeit geschlossen werden konnte.

## Mit den richtigen Schwerpunkten in die Wahlkämpfe

Ich könnte die Kette unserer Erfolge weiterführen, will es aber dabei belassen. Wir sind faktisch und anerkanntermaßen die aktivste Fraktion in der SVV. Das zeigen insbesondere die 338 Anträge, die wir seit Beginn dieser Wahlperiode seit Ende 2008 erarbeitet und eingebracht haben. Davon sind immerhin 194 Anträge mehrheitlich beschlossen, 77 abgelehnt worden. Diese Bilanz kann sich sehen lassen, denn uns wird nichts geschenkt. Zum Vergleich: Die SPD-Fraktion hat mit insgesamt 164 weniger Anträge gestellt, als von unseren angenommen wurden.

Ein Problem, das uns zunehmend beschäftigen wird, sind die steigenden Mieten und die Wohnungsnot. Für DIE LINKE ist Recht auf Wohnen ein Menschenrecht. Das ist unser Anspruch und unser Ziel. Wir haben erreicht, dass für die Pro-Potsdam-Wohnungen eine Mietbremse eingeführt worden ist, als ein erster Schritt, um dem zu erwartenden weiteren Mietanstieg in Potsdam entgegenzuwirken. Weitere Schritte müssen folgen. Dafür wollen wir uns auch mit konkreten Vorschlägen einsetzen.

Vor uns liegen zwei harte Jahre. In der Bundestagswahl, der Europa- und Kommunalwahl und in der Landtagswahl werden wir den direkten Nachweis für unsere politische Wirksamkeit erhalten. Wir können uns selbstbewusst dieser Herausforderung und dem Wettbewerb mit den anderen Parteien stellen, wenn es uns gelingt, uns nicht hauptsächlich mit uns selbst zu beschäftigen, sondern in gemeinsamer Verantwortung die richtigen Schwerpunkte zu formulieren und nach außen zu wirken. Ich bin überzeugt, dass wir das können.



Auch in diesem Jahr gab es wichtige Entscheidungen zur Entwicklung unserer Stadt. Obwohl der Oberbürgermeister und die bürgerliche Rathauskooperation alle Weichen für den Neubau eines Bades im Bornstedter Feld gestellt hatten, wird dieses Bad nun doch am Brauhausberg gebaut. Ohne den starken Einsatz der LINKEN in enger Zusammenarbeit mit der Bürgerinitiative Pro Brauhausberg wäre das Bad aus der Mitte an den Rand der Stadt verlegt worden.

In kulturvoller Weise hat sich DIE LINKE für eine Kunsthalle, aber in Übereinstimmung mit vielen Potsdamern gegen den Abriss des Mercure ausgesprochen.

Uns ist es gelungen, den Uferweg in der Speicherstadt zu retten. Gemeinsam können wir uns darüber freuen, dass der neue Bebauungsplan für den Uferweg am Griebnitzsee von einer deutlichen Mehrheit der Stadtverordneten beschlossen worden ist.

Zu unseren Erfolgen zähle ich auch den von uns herbeigeführten Beschluss zur Stabilisierung der Wasser- und Abwasserpreise bis 2017, was allen Potsdamern und Potsdamern zugute kommt. Gegenwärtig machen wir uns für einen Sozialtarif in der Energieversorgung stark, denn die

### IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“  
Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.  
**HERAUSGEBER:** Kreisvorstand DIE LINKE, Potsdam; **Sascha Krämer**, Vorsitzender, Dortustraße 53, 14467 Potsdam.  
**REDAKTION:** medienpunkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk**, Redakteur; **H. Jo. Eggstein**, Layout; **Jens Hörnig**, Reisen, Service; **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;  
**ANZEIGEN:** Sekretariat.  
**BANKVERBINDUNG:** Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00  
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.  
**BILDAUTOREN:** Redaktion, Archiv  
**DRUCK:** Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

# DIE LINKE.Potsdam mit neuem Vorstand

DIE LINKE.Potsdam ist mit ihrem Kreisparteitag Ende November 2012 in einen zweijährigen Wahl-Marathon gestartet. Und sie hat ihre inhaltlichen Zielstellungen festgemacht, besonders mit dem Blick auf die Kommunalwahl 2014.

Die Potsdamerinnen und Potsdamer wer-

den speziell in den Kommunalwahlen die Entscheidung haben: Wollen sie ein Potsdam für Besserverdienende oder wollen sie ein Potsdam für alle? Wollen sie ein preußisches Potsdam oder wollen sie ein buntes und lebendiges Potsdam? Wollen sie die Arroganz der Macht oder wollen

sie echte Bürgerbeteiligung und einen Bürgerhaushalt, der seinen Namen auch verdient? Leitbild müsse sein „Ein Potsdam mit allen für Alle!“.

„Unser Ergebnis in den Wahlen 2014 wird der Gradmesser sein, wie diese Fragen von den Potsdamern beantwortet werden. Ich werde mit Volldampf, gemeinsam mit dem Vorstand, mit euch und natürlich auch und besonders mit Hans-Jürgen Scharfenberg, dafür kämpfen, dass wir wieder mit einer starken LINKEN-Fraktion in die Stadtverordnetenversammlung einziehen“, rief der „alte“ und neue Kreisvorsitzende den Delegierten zu.

Abschließend noch die Wahlergebnisse: Sascha Krämer, Kreisvorsitzender (96,5%), Andrea Grunert, stellv. Kreisvorsitzende (87,2%), Ronny Besançon, stellv. Kreisvorsitzender (90,7%), Detlef Janson, Geschäftsführer (91,8%), Alexander Frehse, Schatzmeister (89,5%). Weitere Vorstandsmitglieder: Bianca Bastian (92,7%), Miriam Bürger (91,6%), Sandra Dahlmann (93,9%), Juliane Tietz (97,5%), Jana Schulze (83,1%), Günther Waschkuhn (87,5%), Moritz Kirchner (70%), Matthias Lack (68,7%).



Neben dem Kreisvorsitzenden: Herzlich begrüßter Gast war die Brandenburger Bundestagsabgeordnete Diana Golze.

## „Ja, ich trete an!“

### Mitgliederversammlung zur Wahl des Bundestagskandidaten Norbert Müller, DIE LINKE, für den WK 61

Der Kinosaal im Potsdamer UCI-Kino im Hauptbahnhof war gut besucht mit LINKEN aus dem Wahlkreis 61. Auf dieser Gesamtmitgliederversammlung sollte der Bundestagskandidat gewählt werden: Norbert Müller.

Der angehende Lehrer stellte sich den Delegierten als der Mann vor, der vehement für die LINKE Wahlalternative steht. Er tritt für DIE LINKE an, um denen eine Stimme zu geben, die ihre Steuern lieber für Bildung, Kinder und Familien statt für Bankenretungen und Steuergeschenke an Großunternehmen ausgeben würden. „Die nächsten Jahre werden weitere Herausforderungen mit sich bringen, die im Interesse der Bür-

gerinnen und Bürger bewältigt werden müssen. Deshalb sage ich: Ja, ich trete an – auch als Korrektur zur Politik von CDU und SPD“, so Norbert Müller. Egal ob in Potsdam, Ludwigsfelde oder Teltow: Die Politik der Bundesregierungen von rot-grün über schwarz-rot bis schwarz-gelb hat die Rahmenbedingungen für gute Arbeit, gute Bildung, bezahlbare Wohnungen und eine funktionierende öffentliche Daseinsvorsorge stets verschlechtert. „Mit der LINKEN und Norbert Müller war und ist eine solche Politik nicht zu machen“, so Sascha Krämer, Potsdamer Kreisvorsitzender der Partei DIE LINKE.

Norbert Müller wurde mit 96,75 % als Bundestagskandidat gewählt.



Alt und jung im Gespräch: Norbert und Horst Jäkel aus Potsdam.

## DIE LINKE zum Volksbegehren

### Zum Erfolg des Volksbegehrens für ein umfassendes Nachtflugverbot am künftigen Hauptstadtflughafen in Schönefeld erklärte die Fraktion DIE LINKE im Brandenburger Landtag:

20 Jahre nach Verabschiedung der Brandenburger Landesverfassung ist zum ersten Mal ein Volksbegehren erfolgreich. Das ist ein Durchbruch für die direkte Demokratie in unserem Land. Darüber freuen wir uns. Wir haben lange Zeit für die Stärkung der direkten Demokratie gekämpft und seit unserem Eintritt in die rot-rote Koalition auch mit dafür gesorgt.

In der Sache ist der Erfolg des Volksbegehrens ein starkes, nicht zu ignorierendes Signal für eine Ausweitung des Nachtflugverbotes in Schönefeld - aber nicht nur dort. Das Ergebnis von Brandenburg ist ein Erfolg für alle Fluglärmgegner bundesweit. Das bestärkt uns in unserer Position. DIE LINKE.Brandenburg wird dafür sorgen, dass im Bundestag ein Gesetzentwurf zur Abstimmung kommt, der ein bundesweites Nachtflugverbot vorsieht. Dazu haben wir am 9. Dezember dem Bundesvorstand der LINKEN und unserer Bundestagsfraktion einen Vorschlag unterbreitet. Wir laden alle dazu ein, sich an dieser Initiative zu beteiligen. Wir rufen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Volksbegehrens auf, unser Anliegen in geeigneter Weise zu unterstützen. Wir nehmen das Volksbegehren ernst und werden im weiteren Erörterungsprozess im Landtag erneut alle Möglichkeiten prüfen.

Gefordert wird im Volksbegehren allerdings auch, den nationalen und internationalen Luftverkehr über einen weiteren Flughafenstandort in unserer Region abzuwickeln. Diese Forderung lehnt DIE LINKE ab. Sie ist weder gesundheitlich, noch ökologisch und ökonomisch hinnehmbar. Der Landtag hat bereits auf Initiative von SPD und LINKE den Bau einer dritten Start- und Landebahn abgelehnt.



Die Gratulanten – Angelika Linke, TF; Wolfgang Erlebach, PM, und Sascha Krämer, P, (v.l.n.r.) hatten nützliche Wahlkampf-„Geschenke“ für Norbert Müller.



Der Kinosaal war knackevoll. Und das Wahlergebnis bestätigte das Vertrauen in Norbert Müller.

## Mit der Schreibmaschine gegen die Katastrophe

Januar 1890

Geboren wurde Kurt Tucholsky am 9. Januar 1890 als ältester Sohn eines Berliner Bankkaufmannes Alex Tucholsky und dessen Cousine und Ehefrau Doris. Bereits als Schüler hatte er erste schriftstellerische Werke veröffentlicht (1907 in der satirischen Wochenzeitschrift Ulk), im Studium schrieb er für das sozialdemokratische Parteiorgan „Vorwärts“. 1912 veröffentlichte er die Erzählung „Rheinsberg – ein Bilderbuch für Verliebte“.

Insgesamt machten die Kriegserfahrungen

Tucholsky zum überzeugten Pazifisten und Antimilitaristen. Politisch war er links gerichtet und in der USPD und im Friedensbund der Kriegsteilnehmer engagiert. Doch auch die Linke kritisierte er oft, weil sie ihm - kaum an der Macht - zu bürgerlich wurde. Er sah z. B. in der SPD viele Verräter an den einstigen Idealen, die zur Novemberrevolution geführt hatten.

Lange hatte er vor der deutschen Politik und in den späten Jahren der Weimarer Republik insbesondere vor Hitler gewarnt. Erich Kästner sagte

einst über ihn: Er wollte mit der Schreibmaschine eine Katastrophe aufhalten. 1933 wurden seine Bücher in Deutschland verboten (Bücherverbrennung) und ihm wurde die Staatsbürgerschaft entzogen. Am 20. Dezember 1935 nahm Kurt Tucholsky im schwedischen Exil eine Überdosis Schlaftabletten. Im Koma liegend verstarb er einen Tag später.



## Filme mit sozialer Genauigkeit

Januar 1903

Slatan Dudow wird am 30. Januar 1903 in Caribrod (Bulgarien) geboren. Mit 19 Jahren geht Slatan Dudow als Werkstudent nach Berlin. Er besucht die Schauspielschule und schließt sich den künstlerischen Kreisen um Bertolt Brecht an. Mitte der 20er Jahre beginnt er selbst Theaterstücke zu inszenieren. 1930 inszeniert er das Stück „Die Maßnahme“ von Bertolt Brecht in Berlin. Anfang der 30-er Jahre entdeckt Slatan Dudow den Film für sich. Er dreht den Dokumentarfilm ZEITPROBLEME: WIE DER ARBEITER WOHNTE (1930).

Zwei Jahre später inszeniert er KUHLE WAMPE ODER WEM GEHÖRT DIE WELT? (1932). Gedreht an Originalschauplätzen und mit Arbeitslosen, wird der Film zu einem bedrückendem Dokument der ausweglosen Massenarbeitslosigkeit und der Solidarität unter den Arbeitern. An dem Drehbuch zum Film arbeitet auch Bertolt Brecht mit, die Musik komponiert Hanns Eisler, es singt Ernst Busch.

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten muss er Deutschland verlassen, kann in der Emigration in Frankreich und in der

Schweiz nicht für den Film arbeiten. Erst als er 1946 in die sowjetisch besetzte Ostzone zurückkehrt, dreht er wieder Filme mit erstaunlicher sozialer Genauigkeit. Am 12. September 1963 stirbt Slatan Dudow im Alter von 60 Jahren bei einem Autounfall in der Nähe von Berlin. Nach ihm ist eine Straße in Potsdam-Babelsberg benannt. –rt



## Streikwelle in Potsdam und Nowawes

Januar 1918

Eine Streikwelle erfasst Potsdamer und Nowaweser Betriebe; so meldet der Landrat des Kreises Teltow am 28. 01. 1918 in einem Schreiben an den Potsdamer Regierungspräsidenten: „Nachdem durch Flugblätter und Handzettel, die geheim verbreitet worden sind, zum Sturz der Regierung und zum Massenstreik aufge-

fordert wurde sind heute trotz aller Mahnungen in fast allen größeren und in mehreren kleineren Fabriken die Arbeiter und Arbeiterinnen allmählich in den Ausstand getreten.“ Zu den Betrieben gehören: Orenstein & Koppel mit 1.400 Arbeitern und Angestellten; Schuhfabrik Haase und Ruß mit 150 Arbeitern; Curt

Wollenhäuser mit 14 Arbeitern; Maybach-Motorenbau mit 210 Arbeitern; Holzbearbeitungsbetrieb Gebr. Dreßler mit 69 Arbeitern; Kurt Fligel Propellerbau (auf dem Küssel) mit 46 Arbeitern.

## „DEFA 70“ öffnet mit „Aurora“

Januar 1968

Am 12. 01. 1968 wird das Kino „DEFA 70“ auf dem Gelände des VEB DEFA-Studio für Spielfilme mit dem sowjetischen Film „Aurora“ eröffnet. Das Kino verfügt über 320 Plätze und über eine 9 x 18 m breite Leinwand. Am

19. 01. 1968 läuft die erste öffentliche Vorstellung mit dem französischen Film „Carmen 62“. bis zum Dezember 1968 kommen 22.000 Besucher in das Kino.

## Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen

Januar 1971

Der DDR-Ministerrat beschloss am 29. Januar 1971 Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Am 1.2. traten für über 1.800 Artikel Kinderbekleidung, andere Textilien und Industriewaren Preisenkungen in Kraft. Ab 1.3. gab es Verbesserungen auf dem Gebiet der Sozialversicherung

und Renten. Für „Werkstätige“ mit einem Verdienst über 600 Mark wurde die freiwillige Zusatzrentenversicherung verbessert. Der Betrieb zahlte zusätzlich den gleichen Betrag wie der Werkstätige, dadurch erhöhte sich die Zusatzrente. Für alle Werkstätigen erhöhten sich die Leistungen der Sozialversicherung

im Krankheitsfall. Der Mindestbetrag der Alters- und Invalidenrentner mit weniger als 15 Arbeitsjahren wurde von 150 auf 160 Mark monatlich und bei mehr als 15 Arbeitsjahren von 150 auf 170 Mark erhöht.

## Weißer Flotte – im Januar sollte endlich entschieden werden

Endlich ist es so weit, dass die Weiße Flotte auf eine dauerhafte Lösung für ihren Standort hoffen kann. Die Diskussion um einen Festbau anstelle des Palmenzelts geht bis 2005 zurück.

Ausgangspunkt war damals ein mit der Verwaltung abgestimmter Gestaltungsvorschlag für ein solches Gebäude. Aber dann wurde auf Betreiben der Grünen und der CDU unter Duldung durch die SPD ein langer umständlicher Prozess der Änderung der Sanierungsziele für den Lustgarten eingeleitet. Hintergrund war dabei die Auffassung, dass die Weiße Flotte ein störendes Element beim Wiederaufbau des Stadtschlusses und der historischen Mitte insgesamt sei. DIE LINKE hat sich mit einer

Vielzahl von Anträgen und Anfragen konsequent dafür eingesetzt, dass die Weiße Flotte an der Langen Brücke bleibt und mit dem Erweiterungsbau verbesserte Bedingungen erhält. Schließlich ist die Flotte ein wichtiges Aushängeschild für die Stadt, insbesondere für den Potsdamer Tourismus. Außerdem geht es um den Erhalt und die Sicherung von Arbeitsplätzen, also auch um praktische Wirtschaftsförderung. Die 2010 erreichte Einigung, dass der Neubau am jetzigen Standort unterhalb des Mercure errichtet werden sollte, ist 2012 mit den Diskussionen um einen zeitnahen Abriss des Hotels wieder in Frage gestellt worden. Jetzt hat der Oberbürgermeister mit zwei Vorlagen an die Stadtverordnetenversamm-

lung vorgeschlagen, dass die Flotte am Neptunbecken bauen und das dafür notwendige Grundstück von der Stadt an das Unternehmen verkauft werden soll. DIE LINKE unterstützt diesen Vorschlag und wollte im Dezember eine sofortige Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung erreichen, um diesen Lösungsvorschlag nicht wieder zerreden zu lassen. Leider haben SPD, CDU und Grüne auf Antrag der FDP für eine nochmalige Beratung in den Ausschüssen gestimmt. DIE LINKE drängt jetzt darauf, dass diese Ausschussberatung nicht auf die lange Bank geschoben wird, um in der SVV-Sitzung Ende Januar den lange überfälligen Beschluss fassen zu können.



## Sozialtarif für Stromversorgung

Ab Januar 2013 erhöhen sich auch in Potsdam die Strompreise um etwa 4 Cent pro Kilowattstunde. Diese deutliche Steigerung ist insbesondere Folge der vom Bund beschlossenen Erhöhung der EEG-Umlage. Die EWP als örtlicher Energieversorger hat keine andere Möglichkeit als diese zusätzlichen Kosten an die Verbraucher weiterzugeben. Das trifft insbesondere einkommensschwache Haushalte, denn im Hartz-IV-Regelsatz ist eine

solche Erhöhung nicht berücksichtigt. Deshalb hat DIE LINKE mit einem Antrag vorgeschlagen, dass der Oberbürgermeister gemeinsam mit der EWP nach Möglichkeiten sucht, wie dieser Entwicklung durch Formen eines Sozialtarifs begegnet werden kann. Denkbar wären aus unserer Sicht z.B. Energiegutscheine, Unterstützung bei der Anschaffung von Haushaltstechnik mit niedrigem Energieverbrauch oder ein Spartarif. Leider wurde dieser

Antrag mit fadenscheinigen Argumenten im Hauptausschuss abgelehnt. So sah der SPD-Fraktionsvorsitzende die Stadtwerke mit einem solchen Anliegen überfordert. Die Sozialbeigeordnete sah die Verantwortung ausschließlich bei der Bundesregierung und überhaupt nicht in der Stadt. Das allerdings hilft den Betroffenen nicht viel. Der Antrag wird abschließend in der Plenarsitzung am 30. Januar 2013 behandelt.

## AG Heidesiedlung hat sich erstmalig getroffen

Die AG Zukunft der Heidesiedlung ist am 14. Dezember zu einer ersten Beratung zusammengekommen. Ihr gehören Vertreter der 60 Mietparteien der Heidesiedlung, Vertreter der Fraktionen, der Mieterverein Babelsberg, eine Mieterberatung sowie natürlich die Pro Potsdam als Eigentümerin der Häuser an. Die Moderation hat Stadtkirchenpfarrer Simon

Kunze übernommen. In einer konstruktiven Atmosphäre wurde das Arbeitsprogramm abgesteckt. In voraussichtlich vier Beratungen soll eine gründliche Analyse der Situation, insbesondere auch des baulichen Zustandes erfolgen, Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt und entsprechende Empfehlungen an die Stadtverordnetenversammlung gegeben wer-

den. Die Mietervertreter hatten Gelegenheit, ihre Sichtweise darzulegen. Sie machten deutlich, dass es von den Mietern kein Interesse an einer hochwertigen Sanierung gibt, sondern die Sicherung bezahlbarer Mieten im Vordergrund steht. Die nächste Beratung wird Mitte Januar stattfinden.

*Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg*

## Hintergründe zum Streit um Straßenreinigung

**Unsere LeserInnen sollten mehr erfahren,** wenn's um denn Streit um Straßenreinigung in der Landeshauptstadt geht. Auch wenn nicht alle Änderungen der LINKEN in der SVV bestätigt wurden, haben wir doch deutliche Teilerfolge errungen. Die Verwaltung stemmt sich noch dagegen, die Anlieger ihre Parkflächen und Baumscheiben im Gehwegbereich selber reinigen zu lassen, wo sie doch den Gehweg selber reinigen müssen!

**Erreichen konnten wir** aber, dass einige wenige Straßen ohne Parkbuchten mit Maschinenreinigung bestätigt wurden.

**Erreicht haben wir auch,** dass statt 167 Straßen nur 109 Straßen auf Wunsch der Verwaltung aus der Reinigung gestrichen werden sollen.

**Und wir haben erreicht,** dass im Jahr 2013 keine Straße aus der Reinigung herausfliegt, die bisher von der STEP gekehrt wurde und alle Anlieger um ihre Meinung zur Selbstreinigung gefragt werden. Wir haben leider vergeblich versucht, eine deutliche Mehrheit für eine Herausnahme der Straßen aus der Reinigung zum Maßstab zu machen.

**SPD und CDU haben durchgesetzt,** dass mehr als 67% der Anlieger schriftlich die Beibehaltung der Reinigung fordern müssen, andernfalls wird sie in den 109 Straßen ab 2014 abgeschafft! Das sehen wir kritisch für die Sauberkeit, wenn beispielsweise „nur 63%“ die Reinigung weiterhin wünschen, diese aber trotz Mehrheitsvotum der Bürger dann entfällt.

**Der Mehrheitswunsch der Bürger muss entscheiden,** kostengünstige Maschinenreinigung muss möglich sein, und die Kapazitäten und Arbeitsplätze der STEP sollen sinnvoll zum Wohle der Potsdamer genutzt werden.

**Darum der Appell an die Anlieger der betreffenden 109 Straßen: Melden Sie sich zu Wort, wenn Sie den Brief der Stadtverwaltung im Briefkasten haben!**

*Dipl.-Ing. Ralf Jäkel*

## Mietenstoppbündnis trifft Potsdam 22

Am 30.10.2012 trafen sich zwei Potsdamer Expertengruppen der Mietproblematik, die auf dem ersten Blick kaum unterschiedlicher sein könnten. Sie trafen sich, um über Potsdams Mietenexplosion zu diskutieren. Zum Einen das Mietenstoppbündnis, ein Zusammenschluss von Menschen und Organisationen, die direkt von den Mieterhöhungen betroffen sind und sich dagegen wehren möchten. Zum Anderen ein von der Stadt eingesetztes Expertengremium, welches der Stadt bis zum Ende des Jahres Empfehlungen zur Lösung der Mietexplosion zuarbeiten soll. Im Verlauf des Gesprächs wurde allerdings deutlich, dass beide Gruppen durchaus Schnittpunkte in ihren Lösungsideen hatten. In einem Standpunkt gab es sogar Konsens: Mieten sind kein Naturgesetz!

Infos unter: Mietenstoppbündnis und AK Recht auf Stadt: <http://www.rechtaufstadt-potsdam.de/> Potsdam 22: <http://www.potsdam22.de>

## Bebauungsplan Griebnitzsee in Kraft

Mit der Veröffentlichung im Amtsblatt 16/2012 der Landeshauptstadt Potsdam am 29.11.2012 trat der Bebauungsplan Nr. 125 „Uferzone Griebnitzsee“ in Kraft. Der endgültige Bebauungsplan beinhaltet an erster Stelle einen durchgängigen Uferweg, beginnend an der Allee nach Glienicke bis hin zur Berliner Stadtgrenze an der Stubenrauchstraße. Bei der Wegeführung im Detail werden fast alle Wünsche der Grundstückseigentümer berücksichtigt. Diese wurden in insgesamt vier Öffentlichkeitsbeteiligungen seit 2009 ermittelt. So ergibt sich auf der Gesamtstrecke eine Wegetrasse, die zwischen einer Lage unmittelbar am Wasser und einer Wegeführung mit Ausblick über den Uferstreifen wechselt.

Zweiter wichtiger Planinhalt ist die Sicherung des Landschaftserlebens. Sowohl die öffentlichen Grünflächen insbesondere an den Eingangsbereichen und Stichwegen als auch die ausdrückliche Festlegung von sorgfältig eingeordneten Standorten für Bootshäuser und Stege ermöglichen es den Wegnutzern, den Blick über den Griebnitzsee und in die Landschaft hinein zu genießen.

Auf der Internetseite [www.potsdam.de/topthemen](http://www.potsdam.de/topthemen) sind alle Informationen zum Uferweg am Griebnitzsee und anderen Potsdamer Gewässern einzusehen.

## Wie weiter auf Hermannswerder?

Seit dem Jahr 2000 gibt es das Wohn- und Kulturprojekt auf Hermannswerder. Der Großteil der dort lebenden Menschen zog dort hin, da ihnen das Objekt als Ausweichprojekt für andere Wohnprojekte von der Stadt angeboten wurde. Sie bezogen den dort stehenden Flachbau mit 12 Zimmern. Andere BewohnerInnen stellten ihre

Wohnwagen auf die kleine Wiese vor dem Haus. Das Areal, das sie bewohnen ist 585 qm groß. Damals unterschrieben sie einen Pachtvertrag, der ihnen nach Prüfung die Übernahme des Objektes in Erbpacht zusicherte. In den letzten 12 Jahren bezahlten die BewohnerInnen jährlich 20.000 € Pacht. Sämtliche Um- und Aus-

baumaßnahmen, die am Gelände und an den Wohngebäuden vorgenommen wurden, finanzierten sie selbst. Sie wohnen dort und bieten öffentlich Kunst und Kultur. Momentan leben in der WagenHausburg 22 Menschen, 10 davon sind Kinder, die auf diesem Gelände seit ihrer Geburt leben. Eine Entscheidung zum Verbleib der BewohnerInnen konnte politisch nicht abgestimmt werden, da die Verhandlungen mit der Verwaltung abzuwarten sind. Der Finanzbeigeordnete Herr Exner sagt allerdings dazu, dass Verhandlungen mit der Verwaltung nicht weiter geführt werden. Die Verwaltung hat im Hauptausschuss vom 12.12.12. auch das einst von der Verwaltung verlangte Mediationsverfahren einseitig beendet. Wir fragen uns an dieser Stelle, wie dann eine politische Entscheidung durch eine Empfehlung der Verwaltung hergestellt werden soll? Wurde das Ergebnis zum Verbleib der WagenHausburg bereits im stillen Kämmerlein getroffen?

Matthias Lack, KV



## Breite Straße – zurück in die Vergangenheit

Am 27.11.12 veröffentlichten der Baubeigeordnete Klipp (Grüne) und der Pro-Potsdam-Chef Müller-Zinsius die Pläne zu den schon im März beginnenden Umbauarbeiten der Breiten Straße. Demnach wird die Hauptverkehrsader der Stadt von 5 auf 4 Spuren verengt und ein 11 und 9 Meter breiter Flanierbürgersteig nach dem Vorbild der Straßenplanung des 18. Jahrhunderts gebaut. Einmal mehr wird deutlich, wie ein komplexes Thema wie Stadtentwicklung im 21. Jahrhundert auf historische Vorlagen



reduziert wird. Dieses Vorhaben richtet sich weder nach den Realitäten des Verkehrsaufkommens, noch nach den Ansprüchen einer wachsenden, modernen Stadt aus. Es scheint als würde die Devise des „erst einmal Tatsachen schaffen und dann sehen, was sie bewirken“ einmal mehr zum Tragen kommen. Durch blinden Aktionismus wurden die komplexen Problemlagen unserer Stadt allerdings noch nie reduziert, sie wurden immer verstärkt.

Matthias Lack, KV

## Das „Archiv“ braucht die Solidarität Potsdams

„Im Archiv wird seit fast zwei Jahrzehnten auf ehrenamtlicher Basis hochwertige alternative Kulturarbeit geleistet. Dabei ist es den Betreibern gelungen, ohne jeden Zuschuss und in einem ideell geprägten unkommerziellen Selbstverständnis ein Kulturhaus auf die Beine zu stellen, das weit über die Grenzen Brandenburgs hinaus bekannt ist. Darüber hinaus hat der Betreiberverein in den letzten Jahren eine herausragende Leistung in Sachen Selbstbeteiligung auf der politischen Ebene in den Verhandlungen mit der Stadt vollbracht und enorm viel Geduld und Durchhaltevermögen bewiesen. Diese Arbeit, die in der Republik derzeit seines Gleichen sucht, verdient den Respekt und die Solidarität der Potsdamer Stadtgesellschaft. Unzählige Menschen, die heute nicht mehr aus der Stadtgesellschaft wegzudenken sind, wurden beim Spaß im Archiv, aber auch durch



die Mitarbeit im Archiv sozialisiert. Nicht zuletzt wurde jüngst durch viele Informations- und Konzertveranstaltungen bewiesen, dass das Archiv auch ein Hort des Antifaschismus und der antifaschistischen Aufklärung in Potsdam ist. Potsdam braucht das Archiv. Und nun braucht das Archiv Potsdam“ erklärt Ronny Besançon, stellv. Kreisvorsitzender. „Die Arbeit des Archiv e.V im Bereich der Alternativkultur ist für Potsdam unschätzbar, weil die Angebote weit über die Grenzen der Landeshaupt-

stadt bekannt sind. Dort spielen einschlägige Bands aus der ganzen Welt und die Besucher kommen teilweise aus dem ganzen Land nach Potsdam, um die ehrenamtlich und unkommerziell ohne jeden materiellen Gewinn organisierten Angebote wahrzunehmen. DIE LINKE wird sich weiterhin vehement für den Erhalt dieses Kulturstandortes und damit für den Erhalt freier und selbstständig organisierter Kultur einsetzen“, so der Potsdamer Vorsitzende Sascha Krämer. DIE LINKE ruft alle Potsdamerinnen und Potsdamer auf, für den Erhalt des Kulturbetriebs am Standort Leipziger Straße 60 zu spenden, so dass der Betrieb über den 31.12.2012 hinaus gesichert werden kann. Spenden werden gern entgegen genommen. Darüber hinaus fordern wir von der Stadtpolitik Flexibilität und Wertschätzung im Umgang mit dem Betreiberverein.

## Harte Nüsse und „Nussknacker“

Es stand im „HEVELLER“, dem Magazin für den Potsdamer Norden/Von Rainer Dyk

Da hatten die kleinen Ortsteile ihrer großen Landeshauptstadt aber mal wieder so richtig harte Nüsse auf den Weihnachtsteller gelegt.

Die Preußenhalle (Foto) zum Beispiel hat Groß Glienicke in das Immobilienvermögen der Stadt eingebracht. Das einstige Kulturhaus mit Sporthalle und einzigem großen Saal im Ortsteil ist für die Groß Glienicker Vereine unverzichtbar – so marode es auch sein mag. Das hatte bislang keinen so richtig gestört. Aber nun sollen Villen rundherum entstehen, und wer will schon neben seinem Glöckler-Haus ein heruntergekommenes, unansehnliches, auch noch unter Denkmalschutz stehendes Relikt preußischen Kommiss-Geistes haben. Die Stadt ist in der Zwickmühle: Sanieren kann sie nicht, dazu fehlt das Geld. Aber Groß Glienicke braucht die Halle. Und es gibt den Beschluss, dass städtische Sporthallen nur geschlossen werden dürfen, wenn Ersatz gewährleistet ist. Der Investor des Villenparks würde sanieren, würde die Vereine auch weiter in die Halle lassen – wenn die Stadt die Benutzungszeiten bei ihm mietet. Schließlich muss das Geld ja irgendwie wieder reinkommen. Zumindest von den Sportvereinen kann sich die Stadt die Miete nicht wiederholen, denn noch gilt die kostenlose Hallennutzung.

Irgendwie muss man sich bald einigen: Spätestens mit dem nächsten Baufeld des Villenparks, auf dem im Frühjahr begonnen werden soll, fallen auch die wilden Parkflächen für Hallenbesucher weg. Oder die Bauherren ziehen sich zurück angesichts des maroden Umfeldes, dann gibt es auch keine Sanierung. Aber irgendwann muss



dann die Stadt ran. Ran sollte die Stadt ja auch an den Fahrlander See. Das Land hatte ein Paket von 65 Brandenburger Seen von der BImA erworben, der Fahrlander See ist dabei. Wo ist also da die Nuss, die es zu knacken gilt?

Ganz abgesehen von der dreisten Aneignung des Ost-Volksvermögens durch den Bund und den nur widerstrebend genehmigten Rückverkäufen an die Öffentlichkeit – könnte Potsdam nun den Fahrlander See unentgeltlich übertragen bekommen. Aber die Verwaltung will nicht: Wozu denn, es gibt ja nun keine Notwendigkeit mehr, einer Privatisierung zuvor zu kommen. Und außerdem: Wer weiß, wie teuer die Unterhaltung des Sees wird?...

Die Marquardtler freuen sich hingegen, dass die Stadt ihnen Gutes getan hat. Aber weil das nicht so ganz koscher war, wollen wir darüber nicht viel reden, sondern danke

sagen und die Nuss ungeöffnet zurücklegen.

Ja, Hürden zu überspringen, wünscht man sich öfter mal von der Stadtverwaltung. Zumal die Hürden ja auch noch selbst gemacht sind.

Wie in der Straßenausbaubeitragssatzung: Wenn ein Acker an einer schönen, neuen, ausgebauten Straße in einem Ortsteil liegt, erhöht sich damit auch sein Wert, wie bei einem Grundstück in der Stadt? Diese Nuss wartet aber noch, geknackt zu werden.

Auch im zehnten Jahr der Eingemeindung der Ortsteile hat die Landeshauptstadt noch Nachholebedarf im Verständnis und der Akzeptanz ihres ländlichen Raumes. Das ist die wohl schwerste Nuss, die zu knacken ist.

Unsere Redaktion wird sich auch weiterhin um die Nüsse kümmern und dem „Nussknacker“ gern helfen.

## Bilanz 2012 des Tierschutzvereins Potsdam und Umgebung e.V.

Auf der diesjährigen Mitgliederhauptversammlung des Tierschutzvereins Potsdam und Umgebung e.V. (TSV) Ende November 2012 berichtete der Vorstand über die Tierschutzarbeit des Vereins und stellte den Mitgliedern die neuesten Zahlen der Vereinsarbeit vor. Seit Jahresbeginn hat der TSV im Kleintierheim folgende Tiere aufgenommen, tierärztlich versorgt, gepflegt und vermittelt: 99 Abgabe- und Fundkatzen (25 davon in Pflegestellen); 35 Nager (Mäuse und Farbratten in Pflegestelle); 26 Meeresschweinchen; 15 Kaninchen; 5 Hunde (alle in Pflegestellen); 4 Wellensittiche; 2 Nymphensittiche.

Im gleichen Zeitraum konnte der TSV auch Wildtiere retten oder ihnen helfen. Allein für die tierärztliche Versorgung und das Futter gibt der TSV jährlich ca. 35.000 Euro aus. Doch seit Schließung des Tierheims sind die Spenden für die Arbeit des TSV stark zurückgegangen. Gleichzeitig sind aber die Fixkosten durch die Anmietung von Räumen und Flächen gestiegen. Wer den Verein durch eine Spende bei seiner Arbeit unterstützen möchte findet hierzu alle Angaben unter [www.tierschutzverein-potsdam.de](http://www.tierschutzverein-potsdam.de).

Darüber hinaus beobachtet und verfolgt der TSV aktuell 54 Fälle, in denen es Missstände in der Tierhaltung gibt. In den meisten Fällen ist das Veterinäramt bereits informiert. Dazu gehören auch Fälle von illegalem Hundehandel, tierquälerischer gewerblicher und privater Nutztierhaltung sowie tierquälerischer Haustierhaltung.

Der Vorstand

## „Abpfiff“ für den Breitensport?

Potsdam paradox: Ein Fußballverein ohne Fußballplatz und ein Fußballplatz ohne Verein

Das ist kurz gesagt für den außen Stehenden, die Situation des Breitensports in Neu Fahrland und Groß Glienicke: In Neu Fahrland wurde für viel Geld ein sehr schöner Fußballplatz, mit allem was dazu gehört, gebaut und feierlich an den Ortsteil übergeben.

Die Freude über dieses Geschenk hielt leider nicht lange vor, da sich schnell herausstellte, dass es keine Umkleide-räume und Toiletten für die sportlichen Nutzer gibt. Also es gibt schon welche bei der Feuerwehr, die sich nebenan befindet, aber diese müssten gemietet werden, und irgendwer muss die Räume ja auch wieder sauber machen. Das ist aber nicht die Frage, das Saubermachen könnte man ja irgendwie organisieren, aber ehrenamtliche Fußballer haben nur begrenzte finanzielle Möglichkeiten.

Aber, warum lässt die Stadt Potsdam einen Fußball-/Sportplatz bauen und „vergisst“ einfach das Umkleidehäuschen nebst Nasszelle?

Und weil ja Sport in Potsdam genehmigungspflichtig ist, wird eine solche „Genehmigung“ mit Verweis auf die fehlenden Umkleide- und WC-Räume nicht erteilt. Wenn



das nicht den Amtsschimmel wiehern lässt, was dann?

Viel besser ist es in Groß Glienicke. Dort sind Umkleide-räume, Nasszelle und WC vorhanden und werden durch den Verein Rot/Weiß Groß Glienicke gehegt und gepflegt. Nur das schöne Bild sollte nach Wunsch eines einzelnen

Anwohners des Fußballplatzes ein Bild ohne Ton sein. Ein Fußballspiel ohne Jubel, Tröten, Anfeuern und Trillerpfeife der Schiedsrichter.

Geht nicht? Muss gehen, weil ein Verwaltungsgericht genau dies auf Klage so beschlossen hat. Im Klartext: Der Schulsport auf dem Platz mitten im Ort muss durch den Kläger geduldet werden. Der Fußballlärm muss jedoch auf ein Mindestmaß heruntergefahren werden und darf nur zu bestimmten Zeiten stattfinden. Ansonsten kann der Kläger das Ordnungsamt auflaufen lassen und auf Abpfiff bestehen.

bleibt die Frage: Was war zuerst da?! Der Fußballplatz oder der Anwohner? Antwort: Der Fußballplatz. Das ist aber im Verwaltungsrecht nicht relevant.

Diese beiden Fälle sind symptomatisch dafür, wie ehrenamtlichem Engagement das Leben schwer gemacht wird. Die Leidtragenden sind Kinder und Jugendliche, die sich sportlich bewegen wollen und sollen.

OV Nördliche Ortsteile Potsdam/Jan Hanisch und Raico Rummel

## Senioren zogen Jahresbilanz

Im Dezember trafen sich die Mitstreiter der Arbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik beim Kreisvorstand DIE LINKE.Potsdam, um darüber zu beraten, was man 2012 in den Griff bekommen hat und was 2013 besser werden könnte. Gast war der Kreisvorsitzende Sascha Krämer. In wie weit sind wir Senioren öffentlichkeitswirksam, war die erste Frage, die man sich stellte. Unsere Infostände waren gut besucht – ob das nun bei der Maifeier auf dem Luisenplatz war, bei der Eröffnung der Seniorenwoche 2012 im Stern-Center oder beim Sommerfest der Partei im Neuen Lustgarten. „Aber die Infostände sind ja nur ein Teil der Öffentlichkeitsarbeit. Wo es mangelt, das ist die Arbeit in und mit den Medien, denn bisher waren wir fast ausschließlich über die Landesgeschäftsstelle bzw. in den monatlichen Linksinfos zu vernehmen. Und das genügt nicht“, stellte der AG-Leiter, Genosse Klett, fest. „Wir haben noch nicht einmal Verbindung zu unserer eigenen Zeitung der „Potsdams andere Seiten“ was nicht der Redaktion anzulasten ist wenn der Draht dahin nicht so richtig leitet.“

Die Öffentlichkeitsarbeit ist auch eine Personalfrage. Es fehlt an Mitstreitern, die im Rentenalter angekommen sind. Wir brauchen nicht nur Unterstützung in der Öffentlichkeitsarbeit, sondern auch bei der Personalwerbung vom Kreisvorstand. Genosse Krämer sagte in beiden Fällen Unterstützung zu. Er wolle persönliche Gespräche führen, um Genossen für die Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaft Senioren zu finden.

Nicht als letzten Punkt ihrer Zusammenkunft berieten die Senioren, wie es 2013 mit der Klubarbeit weiter gehen soll. Die Arbeit im und mit dem Seniorenrentreff ist ja ein weiterer Schwerpunkt der Seniorenarbeit. 2012 hatte die Senioren-AG Klubveranstaltungen zu Themen wie „Gute Arbeit- Gute Löhne-Gute Renten“ im Programm. Weitere Klubnachmittage befassten sich mit der Seniorensicherheit im Straßenverkehr und mit der Sicherheit von Senioren überhaupt. Der Humanistische Verband stellte sich vor. Inge Gerlach und Wolfgang Erlebach sprachen darüber, wie Altersarmut verhindert werden kann, und auch für die Kultur wurde etwas getan. Die Zeitzeugen beim Seniorenbearat waren mit ihrem Programm „Zwischen gestern und heute“ zu einer Lesung im Seniorenrentreff eingeladen worden. Erste Gedanken über die Arbeit im neuen Jahr wurden für den Arbeitsplan 2013 festgehalten.

Karl Kreutz

## Potsdamer Tafeläpfel für die „Potsdamer Tafel“

Was lange währt, wird gut – so heißt es in einem geflügelten Wort. Ende Mai 2008 (!) war der Potsdamer LINKEN-Fraktionschef Hans-Jürgen Scharfenberg in der VGS-Kreisgeschäftsstelle zu Gast. Es ging ausnahmsweise mal nicht um den Erhalt der Kleingärten, wobei „in dieser Sache DIE LINKE als verlässlicher Partner der Kleingärtner galt und gilt“ – so betont es VGS-Geschäftsführer Friedrich Niehaus. Grund war jedoch damals, den VGS um Hilfe zu bitten. Dem Politiker ging (und geht) es darum, eine

mütze hervor und beugt sich wieder in die Obstkiste. Sinn der Übung: Etwas über 1.000 kg Marquardter Tafeläpfel werden von Kleingärtnern eingetütet. Mittags sollen sie bereits in der Ausgabestelle Schopenhauerstraße der „Potsdamer Tafel“ ausgegeben werden. Niehaus und Obstgutchef Manfred Kleinert erläutern: Für die Kleingärtner Potsdams führt das Obstgut in loser Folge professionelle Schulungen im Obstbaumschnitt durch. Das bezahlt der VGS. Und die angesammelte Summe spendet nun-

also über 1.000 Kilo „rebellischer Äpfel“. Eine Tonne Äpfel, das sind rund 20.000-Mal Vitamine, und das verlangt, über 600 Beutel zu füllen. Doch die Kleingärtner werden pünktlich fertig. Und ab geht der Transport zur Schopenhauerstraße.

Vor der Ausgabestelle der „Potsdamer Tafel“ in der Schopenhauerstraße steht in der Zwischenzeit schon eine ständig wachsende Warteschlange. Punkt 12.30 Uhr soll die Ausgabe beginnen. Und die Kälte bringt auch nicht gerade gute Stimmung. „Der Andrang steigt zunehmend“, erzählt der ehrenamtliche Mitstreiter der Tafel, Volker Wittig. Besonders seit im September die Ausgabestelle am Schlaatz geschlossen wurde. „In den letzten Wochen haben wir manchmal fast die Hälfte mehr der sonst üblichen Zahl an Wartenummern vergeben müssen“.

Mittlerweile hat die Ausgabe der Lebensmittel begonnen. Am Tisch steht jetzt auch Hans-Jürgen Scharfenberg, der ja ursprünglich (2008 – siehe oben) zu den Mitinitiatoren in Sachen Vitaminspenden gehörte. Scharfenberg wies darauf hin, dass die Tafel seit fünf Jahren nach einem festem Domizil sucht. Das bringt speziell Probleme in Fragen der Lagerfähigkeit und damit auch einen Rückgang von Spenden. „Für die Zukunft ist nun dank unseres Vorschlags die Drewitzer Straße 20 als neuer Standort festgemacht“, freut sich Scharfenberg. Im Februar 2013 soll dort der Betrieb beginnen. Und das bedeutet für die Ausgabestelle Schopenhauerstraße, dass dann auch wieder zweimal in der Woche geöffnet werden kann.

Einen Nebeneffekt haben die Kleingärtner und das Obstgut im Auge mit derartigen Aktionen: Sie wollen damit für die regionale Landwirtschaft werben. Als Landeshauptstadt mit der größten landwirtschaftlichen Produktion hätten die Potsdamer eigentlich die Möglichkeit, sich komplett von ihren eigenen Produkten zu ernähren, unterstreicht Kleinert.

Bernd Martin



Hans-Jürgen Scharfenberg, Manfred Kleinert und Friedrich Niehaus (v.l.n.r.) beim Verteilen der Vitamine.

wirksame Hilfe für die „Potsdamer Tafel“ zu finden. Dabei wurde schon damals zwischen den Kleingärtnern und den LINKEN vereinbart, eine quasi andauernde soziale Hilfsaktion für die Tafel mit Leben zu erfüllen. So lieferten die Potsdamer Kleingärtner in loser Folge in den darauf folgenden Jahren Ernteüberschüsse für die Bedürftigen.

Es ist doch recht kalt im Tulpenhaus des Obstgutes Marquardt am frühen Vormittag des 4. Dezember 2012. „Macht nichts“, lacht Friedrich Niehaus unter seiner dicken Pudel-

mehr das Obstgut in Form von köstlichen Äpfeln für die „Potsdamer Tafel“. „Diese Aktion kommt doch genau richtig kurz vor Nikolaus“, freuen sich Niehaus und Kleinert. So weit in Kurzform diese Maßnahme, die sich nahtlos in die 2008 vereinbarte soziale Hilfsaktion einreicht.

Und Obstbauer Kleinert lobt noch die Apfelsorte, die verteilt werden wird: „Das ist die DDR-Züchtung ‚Rebella‘, die wegen des köstlichen Geschmacks und ihrer Resistenz bei den Potsdamer Kleingärtnern sehr beliebt ist.“

„Rebella“, lacht ein Kleingärtner. „Das sind

## Eine „GlutRote Grilltour“ durch die nördlichen Ortsteile

Was tun, wenn sich die Menschen durch die Politik in der Stadt Potsdam nicht angesprochen fühlen? Wenn Versammlungen und Politalks immer von den Selben besucht werden und der Rest abwinkt?

Die Antwort auf Politikmüdigkeit sieht der Ortsverband Nördliche Ortsteile DIE LINKE.Potsdam im Zugehen auf die Menschen. Wir müssen dahin, wo die Menschen wohnen und Angebote machen, um die Menschen mit einzubeziehen, sie zu informieren über die Arbeit, die Ziele unserer Partei.

Um den Menschen, die immer im stillen Kämmerlein sitzen und auf die Politik schimpfen, zuzuhören, werden wir im April/Mai 2013 mit einem Grill, Getränk und Infomaterial über die Dörfer ziehen und uns am Frühjahrsputz/ Osterfeuer/



Feuerwehrrübung beteiligen. Wir sind einfach da und wollen bei Grill-Wurst und Bier mit den Leuten vor Ort ins Gespräch kommen.

Jeder Ort hat seine Probleme und Schwerpunkte. Diese werden wir erfragen und die Position der LINKEN im Hinblick auf die Wahlkämpfe in 2013 den Menschen näher bringen und erklären.

Als Gäste vor Ort sind Mitglieder des Bundestags- und der Landtagsfraktion, des Kreisvorstandes und der Stadtfraktion vorgesehen. Wo, wenn nicht direkt am Bürger kann und sollte politische Arbeit stattfinden.

Der Ortsverband Nördliche Ortsteile will neue Wege in der Mitgliedergewinnung und der Teilhabe am politischen Engagement gehen. Der althergebrachte Infostand mal anders gedacht und umgesetzt.

Wir glauben, dass unsere „GlutRote Grilltour“ auch für die anderen Ortsverbände der Stadt Potsdam ein Weg sein kann, die Menschen in der Stadt zu erreichen und etwaige „Hemmschwellen“ zur LINKEN zu überwinden.

DIE LINKE macht was – das ist das Ziel! Jan Hanisch, Vorsitzender Nördliche Ortsteile DIE LINKE.Potsdam



# Brandenburg führt bei Erzeugung erneuerbarer Energien

Von Ralf Christoffers, DIE LINKE, Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten

Brandenburg hat seit 2012 den Vorsitz der Europaministerkonferenz. Die Europaministerkonferenz fand deshalb Anfang November des vergangenen Jahres in Potsdam statt.

Die Europaminister hatten u.a. über Möglichkeiten zur Eingrenzung der Krise in der EU, über die zukünftigen Finanzmittel ab 2014, über Energienetze und Atomstresstests sowie über stärkere Beteiligungsmöglichkeiten der Länder sowie der Bürgerinnen und Bürger an dem EU-Integrationsprozess beraten.

Auf Einladung der Wojewodschaft Niederschlesien reisten Vertreter des Wirtschafts- und Europaministeriums zu einem zweitägigen Besuch nach Wroclaw.

## Vorzeigeregion

### Berlin-Brandenburg

Mit der Fertigstellung und Verabschiedung des Masterplans „Energietechnik Berlin-Brandenburg“ haben die Länder Berlin und Brandenburg eine neue Etappe auf dem Weg zur Vorzeigeregion der Energiewende eingeläutet. Das Dokument wurde auf der Clusterkonferenz des Clusters Energietechnik Berlin-Brandenburg am 7. November 2012 in Potsdam offiziell präsentiert. Im November konnte Brandenburg den 10. Jahrestag des Gründungsnetzes Brandenburg begehen. Die Partner des Netzwerks bieten aufeinander abgestimmte Unterstützung für Gründerinnen und Gründer und informieren sich gegenseitig über beabsichtigte Maßnahmen. Gemeinsam tragen sie zur Verbesserung des Gründungsklimas in der Hauptstadtregion bei - und das nicht nur mit den beiden länderübergreifenden Projekten, dem Businessplan-Wettbewerb und den Deutschen Gründer-



und Unternehmertagen. <http://www.gruendungsnetz.brandenburg.de/>.

## Meistertitel „erdwärmeLIGA“ für Brandenburg

Brandenburg hat zum dritten Mal in

Folge den Meistertitel der „erdwärmeLIGA“ errungen. Mit der Energiestrategie 2030 hat sich die brandenburgische Landesregierung das Ziel gesetzt, den Anteil Erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2030 auf 32 Prozent

zu steigern. Der Anteil der Erneuerbaren Energien an der Wärmebedarfsdeckung soll auf 39 Prozent steigen. Um dieses Ziel zu erreichen, muss auch die Geothermienutzung konsequent ausgebaut werden. Mit dem landeseigenen Förderprogramm RENplus setzen wir uns unter anderem für Investitionen in den Einsatz von Wärmepumpensystemen ein.

Nach den Brandenburger Industrieclustern hat nun auch das brandenburgische Tourismuscluster seine Arbeit aufgenommen. Das Cluster Tourismus wird sich schwerpunktmäßig dem Leit- und Zukunftsthema Nachhaltigkeit widmen. Ziel ist es, die Vernetzung und Kooperation der Unternehmen der Tourismusbranche voranzutreiben.

## „Power-to-Gas“-Pilotanlage in der Prignitz

In Falkenhagen (Prignitz) konnte der Grundstein für eine zweite Pilotanlage in Brandenburg, mit der die Speicherung von Strom aus erneuerbaren Energien auf Wasserstoffbasis getestet werden soll, gelegt werden. Diese sogenannte Power-to-Gas-Technologie soll Strom aus Wind und Sonne in großem Umfang speicherbar zu machen und damit einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen der Energiewende leisten. Zudem soll das Projekt den Nachweis erbringen, dass sich regenerativ erzeugte Energie effektiv im Erdgasnetz speichern lässt. Der Dämmstoff-Spezialist Austrotherm investiert in der Prignitz. Die Austrotherm GmbH plant den Aufbau einer Produktionsstätte von Dämmstoffen in Wittenberge. Damit verbunden sind 70 neue Arbeitsplätze. (Ausführliche Informationen zu einzelnen Punkten auf den Internetseiten des MWE)

2012 hat DIE LINKE noch einmal zu Schlüsselthemen der Landesentwicklung einige Durchbrüche erreicht und wichtige Weichenstellungen vornehmen können:

**Kommunen:** In den kommenden beiden Jahren werden die Landkreise und die kreisfreien Städte mehr Geld bekommen. Die Kommunen können eine Tourismus-Abgabe einführen.

**Bildung:** Brandenburg wird in dieser Legislaturperiode mindestens 2.000 neue Lehrer einstellen. Hochschulneugründung BTU Lausitz: DIE LINKE legt besonderes Augenmerk auf Arbeitsplatzgarantie, auf bessere Auslastung der Kapazitäten, Vermeidung von unnötigen Doppelangeboten, größere Durchlässigkeit zwischen theorie- und anwendungsorientierten Studiengängen, effizientere Verwaltungsstrukturen, stärkere Konzentration in der Forschung – die Mitwirkung der Beschäftigten stärken!

## Schlaglichter – DIE LINKE wirkt

**Personalbedarfsplanung:** Die Zielzahl 2018 für die Personalbedarfsplanung im Landesdienst wurde von 40.000 auf 43.000 Stellen erhöht und sichert damit dauerhaft 6.500 Nachbesetzungen.

**Doppelhaushalt 2013/14:** Rot-Rot hat mit dem Entwurf für den Doppelhaushalt erstmals in der Landesgeschichte einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf vorgelegt. Trotz des Verzichts auf neue Schulden ab 2014 werden zugleich die Ausgaben für Bildung sowie für Wissenschaft und Forschung gegenüber 2012 steigen.

**Für eine andere Finanzpolitik im Bund und in der EU:** Nein zu Fiskalpakt und ESM, Bundesratsinitiative zur Anhebung des Spitzensteuersatzes, länderübergreifende Ar-

beitsgruppe zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer.

**Gesundheit:** Medizinische Versorgungszentren und „Gemeindegewerkschaft Agnes“ – neue Wege und bundesweite Vorreiterrolle. Krankenhausfinanzierung gesichert und vereinfacht. Unterstützung für Patienteninteressen. Kinderklinik in Schwedt gerettet.

**Schallschutz beim Flughafen BER:** Finanzielle Mittel für weitgehenden Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner gesichert – 222 Millionen Euro.

**LINKE Wirtschaftspolitik:** Umstellung der Wirtschaftsförderung mit sozialen Kriterien in Kraft. Vergabegesetz mit Mindestlohn für öffentliche Aufträge wird angewendet.

**Energiestrategie 2030:** Durchbruch für die Erneuerbaren Energien anvisiert. Strategie orientiert sich erstmals am Zielviereck Umwelt- und Klimaverträglichkeit, Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit sowie Akzeptanz und Beteiligung. Nachhaltigkeitsstrategie reift im gesellschaftlichen Dialog.

**Dispo-Kredite:** Brandenburg kämpft gegen Wucherzinsen und die bundespolitischen Voraussetzungen dafür.

**Lebensarbeitszeit der Beamten in Polizei, Justizvollzug und Feuerwehr:** Pensionsalter 67 vom Tisch.

**Strafvollzugsgesetz:** Behandlung stärken, Resozialisierung sichern, den Schutz der Gesellschaft erhöhen. LINKE Justizpolitik setzt bundesweit Zeichen.

**Sozialgerichtsbarkeit:** Weitere Richterinnen und Richter für einen längerfristigen Einsatz in diesem Bereich gewonnen.

Nach Redaktionsschluss

Mit Bedauern zur Kenntnis genommen

Zum Austritt des Bundestagsabgeordneten Wolfgang Nesković aus der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, erklärte der Landesvorsitzende der LINKEN Brandenburg, Stefan Ludwig: „Mit Bedauern habe ich zur Kenntnis genommen, dass Wolfgang Nesković heute seinen Austritt aus unserer Bundestagsfraktion erklärte sowie seine Absicht ankündigte, im kommenden Jahr als Einzelbewerber in der Lausitz zu kandidieren. Seine Beiträge zu unserer Politik und auch seine Kritik waren uns immer willkommen. Zuletzt hatte er sich durch die Art seines Agierens in der Partei isoliert. Ein Dialog mit ihm war nicht möglich.“

Gerlinde Stobrawa legte Abgeordnetenmandat nieder

Gerlinde Stobrawa hat am 10. Dezember 2012 ihr Abgeordnetenmandat niedergelegt. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende Christian Görke: „Wir nehmen diese Entscheidung mit großem Respekt zur Kenntnis. Die harten und nicht fairen Auseinandersetzungen der letzten Jahre waren nicht einfach für sie und ihren Gesundheitszustand. Als linke Abgeordnete hat sie sich in den zurück liegenden 22 Jahren mit großem Engagement für ein gerechteres Land Brandenburg eingesetzt. Wir danken Gerlinde Stobrawa für ihre geleistete Arbeit, für ihre oft kritischen Worte, auch an die eigenen Genossen, für ihren Rat und ihre Freundschaft über die Jahre. Stefan Ludwig dankte Gerlinde Stobrawa für ihre langjährige engagierte Arbeit für das Land Brandenburg: „Ich habe großen Respekt vor ihrer Entscheidung, das Landtagsmandat zurückzugeben und wünsche ihr vor allem baldige Genesung, damit sie weiterhin in unserer Partei eine starke Stimme für mehr soziale Gerechtigkeit bleibt“.

DIE LINKE Fraktion im Landtag Brandenburg begrüßte als neues Mitglied René Kretschmar. Der 33-jährige gelernte Maurer sowie Magister für Politikwissenschaft und Pädagogik ist seit 1998 Mitglied der PDS bzw. DIE LINKE und ist auf der Landesliste für die zurückgetretene Gerlinde Stobrawa nachgerückt. Mit René Kretschmar rückt ein jüngerer, aber bereits erfahrener Kommunalpolitiker nach.

Aktivenkonferenz zur Wahlkampf Vorbereitung

Zehn Workshops, 160 TeilnehmerInnen, spannende, überraschende Diskussionen - und das über acht Stunden lang: Die Aktivenkonferenz in der Messe in Frankfurt (Oder), einen Tag vor dem Landesparteitag Anfang Dezember war ein Erfolg. Es gab und gibt viel Gesprächsbedarf in der Partei und auch deshalb kam die Aktivenkonferenz wohl zur rechten, vielleicht auch zur höchsten Zeit. Die Themen der Workshops zeigten gut an, wie vielfältig Politik und Strategien bei den LINKEN in Brandenburg diskutiert wurden und weiterhin werden müssen. Das Ziel der fünf Vormittags-Workshops

war klar definiert. Aus ihnen sollten die Aufgaben und Anforderungen für die verschiedenen Wahlen definiert und Maßnahmen abgeleitet werden: 1. Wahlkampf-



formen, 48-h-Wahlkampf, Aktionsideen. 2. Wahlkampf 2.0 - Neue Formen, neue Wege. 3. KandidatInnen gewinnen und auf Wahlkampf und Mandat vorbereiten. 4. Jugendwahlkampf. 5. Kleine Zeitungen

der LINKEN in Brandenburg und ihre Rolle in den Wahlkämpfen Die Nachmittagsworkshops setzten europapolitische Schwerpunkte. Denn 2014 ist Europawahl. Dazu passten die Themen der Nachmittagsworkshops: 1. Wirtschafts- und Finanzkrise - Wie sicher ist der Euro? 2. Europa in Brandenburg - Brandenburg in Europa - Was hat Europa mit uns zu tun? 3. Linke Parteien in Europa - Gemeinsam handeln und vonein-

ander lernen. 4. Grenzen überschreiten - Die Zusammenarbeit der LINKEN in der Grenzregion mit Gästen und PartnerInnen aus Polen/Tschechien. 5. Lebenssituation von Frauen in Europa.

„Die Menschen erwarten von uns mehr als von der SPD!“

Gedanken nach dem Landesparteitag/Von Felix Thier, Mitglied des Landesvorstandes DIE LINKE

Das in der Überschrift genannte Zitat stammt von Gerrit Große, Vizepräsidentin des Landtages und bildungspolitische Sprecherin unserer Fraktion. Auch dieser kluge Satz zeigt mir: Wir haben als LINKE mit Rot-Rot im Land schon viel erreicht, haben Dinge aus unserem Wahlprogramm umsetzen können, besitzen eine vorzeigbare Bilanz. Und doch sind wir mit Protesten konfrontiert. Seien es nun die Polizisten, die Lehrer, Kämpfer gegen eine Uni-Fusion in der Lausitz. Warum kommen sie alle zu uns? Eben weil sie von uns in der Regierung mehr erwarten als von der SPD. Die hat ihnen nämlich 20 Jahre lang alles versprochen, es gebrochen, anders gemacht und auch immer wieder neu. Nun sollen wir es richten, nach drei Jahren Beteiligung als Juniorpartner (!) muss alles erreicht und nur noch positiv sein. Ich bin sicherlich nicht allein, wenn ich hier (zu?) hohe Erwartungen ausmache ...

Was wir erreicht haben

Mindestens 2.000 neue Lehrer, mehr Geld als jemals zuvor für die Kommunen, ein in der Landesgeschichte erstmals ausgeglichener Haushalt für 2013/14, Bundesratsinitiativen für eine bessere Finanzpolitik in Bund und EU, die Bereitstellung der finanziellen Mittel für den Schallschutz am BER, soziale Kriterien bei Auftragsvergaben an Firmen durch die öffentliche Hand (Vergabegesetz/Mindestlohn), keine Pensionierung

erst ab 67, mehr Richterinnen und Richter an den Sozialgerichten, eine Reform des Justizvollzugsgesetzes, ... Und trotzdem sind die Demonstranten auf der Straße keine Minderheit, sie stehen nicht nur für Partikularinteressen und wir müssen uns fragen: „Reicht das, was wir tun?“. Für Dagmar Enkelmann war eines klar: „Wir müssen die SPD zum Jagen tragen!“. Ob nun bei Hartz IV, der Rente mit 67, der Rentenangleichung Ost/West nach mehr als 20 Jahren deutscher Einheit - die SPD verspricht viel in der Opposition, allein es mangelt an der Umsetzung. Denn hier gilt die Frage: Wo sind die Anträge der SPD zu diesen Themen im Bundestag? Warum stimmt die SPD unseren Initiativen dazu nicht zu? Warum ist sie bei diesen Punkten nicht tätig geworden - ihre Regierungszeit ist doch gerade erst einmal drei (!) Jahre her. Bei der Abschaffung der Praxisgebühr war man im Bundestag nun endlich einstimmig dafür, die Gesellschaft und wir als LINKE waren es schon von Anfang an. Auch wir waren es, die 2005 als erste einen Mindestlohn forderten. Anfänglich sogar noch von den Gewerkschaften (!) dafür verspottet, befürworteten diesen mittlerweile sogar Teile der CDU. Links wirkt!

Kritik gehört dazu

Bezogen auf die Kritik von Wolfgang Nesković an Rot-rot hörte man an diesem Tag oft, dass wir uns mit unserer Bilanz nicht

verstecken müssen. Aber streitbare Ansichten zur Parteilarbeit gehören dann gerade in die Partei getragen und nicht in die Medien. Jedoch glänzte auch auf dieser Tagung der große Kritiker mit Abwesenheit. Dabei ist jeder bei uns willkommen, wird jeder wertgeschätzt und auch gehört - denn wir brauchen doch alle!

Leitbild für unser Land

Christian Görke brachte für die Landtagsfraktion den Entwurf für ein Leitbild „Brandenburg 2020“ ein. Wir ruhen uns nicht nur auf dem Erreichten aus, wir wollen noch mehr und zeigen das mit diesem Diskussionsangebot an alle. Hier ist die aktive Mitarbeit aller Parteimitglieder erwünscht, um Zielen wie einer von uns gewollten Gemeinschaftsschule das nötige Gehör zu verschaffen. Wir machen in diesem Leitbild deutlich, dass es mit uns neue Gemeindestrukturen nicht vom grünen Tisch aus gibt, Zusammenschlüsse nur mit den Kommunen machbar sind. Verständlicherweise kann hier nicht der gesamte Text wiedergegeben werden, er ist z. B. im Internet verfügbar. Ebenso wie der vom Landesvorstand eingebrachte Leitartikel „Ein soziales und demokratisches, ökologisches und wirtschaftlich stabiles Brandenburg braucht eine starke LINKE“, welcher ohne Gegenstimme vom Parteitag angenommen wurde.

## Spendenübergabe an das Deutsche Mauthausen Komitee Ost e.V.



Im Namen des Vereins der Bundestagsfraktion DIE LINKE e.V. überbrachte Diana Golze (l.) einen Scheck in Höhe von 1000 Euro für die antifaschistische Arbeit. Damit wird die Fahrt für vier Schülerinnen und Schüler im Mai 2013 zu den internationalen Befreiungsfeiern in das ehemalige Konzentrationslager Mauthausen in Oberösterreich finanziert.



### „Erinnern, um zu widerstehen!“

Am Mittwoch, dem 30. Januar 2013, ab 18 Uhr, erinnert die Partei DIE LINKE im Filmtheater Babylon (Rosa-Luxemburg-Straße 30, 10178 Berlin-Mitte) an den 80. Jahrestag der Machtübernahme des Faschismus in Deutschland. Unter dem Motto „Erinnern, um zu widerstehen!“ wird die Veranstaltung neben dem Gedenken an den Beginn des dunkelsten Kapitels deutscher und europäischer Geschichte den Bezug zum Heute und zum gegenwärtigen Ausmaß von

Rechtsextremismus in der Gesellschaft herstellen. Mit dabei sind Katja Kipping und Gregor Gysi. An einer Podiumsdiskussion zum Thema Rechtsextremismus, moderiert von Tom Strohschneider (Chefredakteur des Neuen Deutschland), nehmen Petra Pau (Fraktion DIE LINKE, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages), Anetta Kahane (Vorstandsvorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung), Uwe-Karsten Heye (1. Vorsitzender des Vereins Gesicht zeigen!),

Frank Brunner (Journalist) Ulrich Sander (VVN-BdA, Bündnis Dortmund gegen Rechts) und Harald Zeil (Bündnis Dresden Nazifrei) teil. SchülerInnen des Wilhelm-von-Siemens-Gymnasiums lesen aus dem Tagebuch Das rote Fahrrad. Musik gibt es vom Humboldt-Quartett und der Band Querbeat. Im Anschluss an die Veranstaltung wird der weltbekannte Dokumentarfilm Der gewöhnliche Faschismus von Michael Romm gezeigt.

### „Gehorchen – sicherer Weg“

Opus Dei („Werk Gottes“) hält trotz des langjährigen Rechtsstreits mit dem Land Brandenburg an Plänen fest, in Potsdam ein Jungengymnasium zu eröffnen. Das Interesse an dem Vorhaben sei weiterhin groß, die Nachfrage an werteorientierter Erziehung bestehe mehr denn je, so die «Fördergemeinschaft für Schulen in freier Trägerschaft»

Um welche „Werte“ geht es bei Opus Dei?

Wer die von Opus Dei verlinkte Internetseite aufblättert, kann das Welt- und Menschenbild des Josefmaria Escrivá (Gründer von opus dei) genauer studieren und leicht selbst beurteilen, inwieweit die Vorstellungen des Mannes, den Papst Johannes Paul II. als „Heiligen des Alltäglichen“ verehrte, mit den Grundsätzen einer modernen Pädagogik übereinstimmen. Einsamer Spitzenreiter ist hier Escrivás Hauptwerk „Der Weg“, das 1934 unter dem Titel „Consideraciones Espirituales“ erschien und bis heute in 4,500.000 Exemplaren und 43

Sprachen verbreitet worden sein soll. Darin heißt es unter anderem:

„Wer bist du, daß du über die Entscheidungen deines Vorgesetzten urteilst? - Siehst du nicht, daß ihm mehr Gesichtspunkte für sein Urteil zur Verfügung stehen als dir, mehr Erfahrung, bessere, einsichtigere und vorurteilslosere Ratgeber, vor allem aber mehr Gnade, spezielle Gnade, Standesgnade, welche Licht und mächtigen Beistand Gottes bedeutet? (...) Gehorchen..., sicherer Weg. Den Vorgesetzten mit rückhaltlosem Vertrauen gehorchen..., Weg der Heiligkeit. Gehorchen in deinem Apostolat..., der einzige Weg; denn in einem Werk Gottes muß dies der Geist sein: daß man gehorcht oder geht. (...) Gehorcht, wie ein Werkzeug in der Hand des Künstlers gehorcht, das nicht danach fragt, warum es dies oder jenes tut. Seid überzeugt, daß man euch nie etwas auftragen wird, das nicht gut ist und nicht zur Ehre Gottes gereicht.“

Die Reihe der Beispiele lässt sich fortsetzen. Körperfeindlichkeit, Elitebewusstsein

und Missionseifer wechseln mit radikalen Machtansprüchen, die immer wieder blinde Unterwerfung fordern.

Ob der Staat gut daran tut, Kinder in diesem Geist erziehen zu lassen, ohne gleichzeitig darauf zu achten, dass sie gegenteilige Meinungen, kontroverse Diskussionen, Widerspruch und Toleranz kennen lernen und sich eigenständig zu selbstbestimmten, mündigen Staatsbürgern entwickeln, steht auf einem anderen Blatt.

Nach Lage der Dinge ist davon auszugehen, dass die Initiatoren des Schulprojekts klug genug sind, die reine Lehre des Josefmaria Escrivá nicht unverblümt in den Mittelpunkt ihrer pädagogischen Bemühungen zu stellen. Wenn sie jedoch mit der erklärten Absicht auftreten, ein vermeintliches Sinnvakuum zu füllen, muss sich das zuständige Ministerium sehr angelegentlich mit der Frage beschäftigen, wie und womit das geschehen soll.

Am 30. Januar soll beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig eine Entscheidung

### NPD-Verbot nur ein Teil des Kampfes gegen Rechts!

DIE LINKE begrüßt das neue Verfahren zum Verbot der NPD. Es war ein großer Erfolg, dass sich die Innenminister der Länder für ein neues NPD-Verbotsverfahren aussprachen. Mit einem NPD-Verbot sind die Neonazis aber nicht aus der Welt. In Brandenburg werden wir weiter mit Aufmärschen von Rechtsextremisten und Aktionen beispielsweise auf Schulhöfen rechnen müssen. So hat die NPD eine neue „Schulhof CD“ herausgegeben, die nicht zufällig in den Tagen vor Weihnachten verteilt werden sollte. Deshalb müssen die politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen mit Rechtsextremismus, Neofaschismus, Rassismus und Antisemitismus kontinuierlich weitergeführt werden - an jedem Ort und an jedem Tag. Dazu bedarf es auch einer dauerhaften Unterstützung, z.B. durch Schulung von KommunalpolitikerInnen über (Aus-)Bildungs- und Lehrinhalte bis zur direkten Unterstützung von Vereinen und Verbänden, um rechtsextreme Tendenzen zu erkennen und ihnen offensiv begegnen zu können.

Bettina Fortunato, MdL, DIE LINKE, Sprecherin für ein tolerantes Brandenburg

fallen, die nicht mehr angefochten werden kann. Im Fall einer Zulassung soll das Schulprojekt zügig starten und bis zu 250 Jungen aufnehmen.

Bereits vor einem Jahr hatte das Oberverwaltungsgericht (OVG) Berlin-Brandenburg entschieden, dass das märkische Bildungsministerium erneut über den Antrag für das Jungengymnasium entscheiden muss, den es im Mai 2007 abgelehnt hatte. Eine Revision vor dem Leipziger Gericht ließ das OVG damals nicht zu. Dagegen legte das Ministerium mit Erfolg Beschwerde ein. Zuvor hatte es zwei juristische Niederlagen einstecken müssen.

Beide Instanzen hielten es für zulässig, dass ein freier Schulträger auch nach Geschlechtern getrennte Schulen gründen kann. Aus Sicht des Bildungsressorts dagegen widerspricht ein reines Jungengymnasium dem gesetzlichen Grundsatz eines gemeinsamen Unterrichts für Jungen und Mädchen (Koedukation).

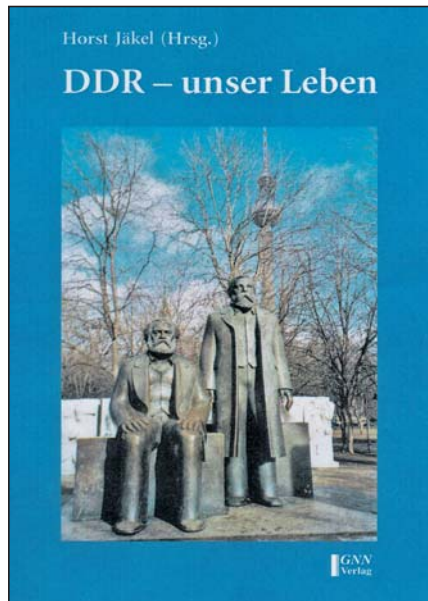
Bernd Martin

# „DDR – unser Leben“

Wohl auch mit Tinte und Druckerschwärze, aber vor allem mit Herzblut geschrieben, äußern sich Arbeiter, Kindergärtnerinnen, Lehrer, Diplomaten, aber auch Künstler und Journalisten in sehr unterschiedlichen Schreibstilen – mit zahlreichen Bilddokumenten bereichert – über alle Seiten des gesellschaftlichen und ihres ganz persönlichen Lebens in 40 Jahren Deutsche Demokratische Republik.

„Wir hatten sehr hohe Ziele, manche vielleicht überzogen und deshalb nicht verwirklicht, viele nicht aus eigenem Verschulden einfach unerreichbar, weil nicht nur der erbitterte Gegner im Kampf der einander feindlichen Systeme, sondern auch falsche Freunde uns immer wieder Knüppel zwischen die Beine warfen. Aber: Wir hatten immer ein Ziel vor den Augen, ein gutes, zutiefst humanistisches Ziel. Es ist vielleicht zu banal zu sagen, dass das Leben in der DDR einfach, schön oder gut war; es war einfach unser rechtschaffenes, ehrliches Leben...“

Wir fahren mit der „Völkerfreundschaft“ um die Erde, erleben unbeschwerte Tage in Kinderkombinationen, bangen mit den Spartakiade- und Olympiakämpfern, lassen uns ergreifen vom jugendlichen Elan der ABF-Studenten und der FDJler auf den Jugendobjekten, streifen durch Orte sozialistischen Aufbaus und ihrer Vernich-



tung, betrauern den Verlust der Werte des Volkseigentums und erfahren von zahlreichen Schwierigkeiten, die vielerorts zu überwinden waren.  
H. Jäkel (Herausgeber)  
„DDR – unser Leben“, GNN-Verlag 2012, ISBN 978-3-89819-389-4, Preis: 19,50 €

## Gedanken zum „Unwort“ des Jahres

Was man dem Volk dreimal sagt, hält das Volk für wahr.  
[Heinrich von Kleist (1777-1811), dtsh. Dichter und Dramatiker]

Jedes Jahr aufs Neue wird feierlich das offizielle Unwort des Jahres gekürt. Was waren da in den letzten Jahren auch nicht schon alles für großartige Unwörter dabei: „Rentnerschwemme“, „Gotteskrieger“, „Ich-AG“, „Humankapital“, „Entlassungsproduktivität“ und – noch ganz frisch (2011) – „Dönermorde“.

Allesamt herrliche Begriffe, die bestens geeignet sind, das Denken und Handeln des Volkes zu beeinflussen, indem sie nicht nur die gewünschten Stimmungen erzeugen, sondern auch wohl fundierte Vorurteile schüren oder gar unliebsame Entscheidungen der Obrigkeit und der Institutionen sauber vertuschen. Manchmal frage ich mich zwar, wer sich so was immer ausdenkt, aber das sind sicher mehrere Leute und bestimmt auch von Fall zu Fall andere, deswegen interessiert mich die Antwort im Augenblick auch nicht gar so brennend – andererseits würde ich den ärgsten Sprachmanipulatoren aber schon gerne ab und zu mal das eine oder andere Unwort um die Ohren dreschen... aber, nun gut, lassen wir das.

Fest steht jedenfalls: Unwörter zu prämiieren wäre nicht nötig, wenn Wörter und auch Worte tatsächlich dazu benutzt würden, um zu informieren. Ach, wenn dem doch nur so wäre! Jedes Wort transportiert neben seinem extrem schmalen Informationsgehalt hauptsächlich Gefühle, Meinungen, Vorstellungen und Ziele. Wörter und die daraus gebildeten Sätze bringen den braven Bürger dazu, etwas zu glauben oder nicht zu glauben, und sogar dazu, etwas zu tun oder zu lassen.

Doch so saudumm und für denkende Menschen eigentlich durchschaubar ein Wort oder Unwort auch sein mag, irgendwann wird es unweigerlich von Pressesprechermund zu Journalistenohr weitergegeben und daraufhin unvermeidlich so oft und wiederholt dem Volke ins Gehirn geblasen, bis die meisten Zeitgenossen in unserem geliebten Vaterland am Ende sogar glauben, sich genau das darunter vorstellen zu können, wozu es schelmischer-, nein besser: heimtückischerweise erdacht wurde.

Für die Wahl zum „Unwort des Jahres 2012“ waren bis zum „PaS“-Redaktionsschluss 1.200 Vorschläge bei der Jury an der Uni Trier eingegangen. Am häufigsten wurden die Wörter „Anschlussverwendung“, „Schlecker-Frauen“, „Ehrensold“ oder „Kultur-Flatrate“ genannt. Mal sehen, welche geistige Diarrhoe sich dieses Mal durchsetzt...

Bernd Martin

		6	7	2		
7			2			9 6
2			8			1
	6		3 4			
		2			8	
			8 5			3
	1		6			2
6 9				5		7
		8	4	1		

### Sudoku

**Auflösung Dezember**

8	1	4	5	9	3	7	2	6
9	7	3	1	6	2	8	5	4
6	5	2	7	8	4	1	9	3
5	3	6	8	7	9	2	4	1
1	4	7	2	3	6	5	8	9
2	8	9	4	5	1	6	3	7
7	2	1	9	4	5	3	6	8
4	6	8	3	2	7	9	1	5
3	9	5	6	1	8	4	7	2

### tips & termine • tips & termine • tips & termine • tips & termine • tips & termine

**Montag, 07.01.2013, 14.30 Uhr:**  
„Phantastische Tierwelt – die Serengeti“. Eine interessante Video-Reise mit Karl Kreuzt. \*

**Mittwoch, 09.01.2013, 18.00 Uhr:**  
Norbert Müller, DIE LINKE, Bundestagskandidat für den Wahlkreis 61, spricht vor und mit den Freunden von „Rotfuchs“ in der Alleestraße 3, Haus der LINKEN.

**Montag, 14.01.2013, 14.30 Uhr:**  
„Irland – die grüne Insel“, Teil 1: Die Provinz Nordirland - Landesteil des

Vereinigten Königreiches Großbritannien. Eine fotografische Rundreise auf der kleinen grünen Insel. \*

**Dienstag, 15.01.2013, 14.30 Uhr:**  
Potsdamer Stadtgespräche: „Historisches und Aktuelles“ mit Dr. Herbert Schlomml aus Zentrum-Ost. \*

**Mittwoch, 16.01.2013, 17.00 Uhr:**  
Bürgersprechstunde Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (MdL) und Fraktionsvorsitzender im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern\*Zeichen). Voranmeldungen sind möglich unter: Tel: 0331/600 50 69; Mail: wkbscharfenberg@aol.com

**Freitag, 18.01.2013, 18.00 Uhr:**  
Filmabend mit Karl und Rosa - im Vorfeld der Ehrung bieten wir ein kleines Kulturprogramm zu Ehren von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht an. Ort: Alleestraße 3.

**Montag, 21.01.2013, 19.30 Uhr:**  
Wie weiter mit dem Atom-Forschungsreaktor Wannsee? Auf der Veranstaltung sollen Politiker, Wissenschaftler und interessierte Bürger darüber reden, ob und welche Risikominimierungsmaßnahmen den sicheren Betrieb des Forschungsreaktors gewährleisten können.

Ort: Rathaus Babelsberg, Karl-Liebknecht-Str. 135 14482 Potsdam

**Montag, 21.01.2013, 14.30 Uhr:**  
Das Königreich Marokko - ein orientalisches Bilderbogen. Diavortrag in Überblendtechnik mit Walter Heller. \*

**Dienstag, 22.01.2013, 14.00 Uhr:**  
„Musikalischer Rätselnachmittag“ mit Manfred Bischoff. \*

**Montag, 28.01.2013, 14.30 Uhr:**  
„Musikalische Weltreise mit dem Akkordeon - kreuz und quer durchs Nottenmeer“ - ein musikalisch-literarischer Nachmittag. \*

**Sonntag, 03.02.2013, 10.00 Uhr:**  
„Rathausreport live“ im Jugendklub 91, Kastanienallee 91

**Montag, 04.02.2013, 14.30 Uhr:**  
„Irland – die grüne Insel“. Teil 2: Durch „Midlands“ bis zum „Ring of Kerry“ \*

**Dienstag, 05.02.2013, 14.30 Uhr:**  
Potsdamer Stadtgespräche: „Historisches und Aktuelles“ mit Dr. Herbert Schlomml aus Zentrum-Ost. \*

\* Seniorentreff der Dahlweid-Stiftung, Edisonallee 11 im Zentrum-Ost